Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen. — Beilagen: Sonntags: eine illustrierte. — Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.20 M. Bei Abholung von der Geschäftsstelle vierteljährlich 2.50 M., monatlich 0.90 M. Durch die Post vierteljährlich 3.60 Mk., monatlich 1.20 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum hier 25 Pfg., auswärts 30 Pfg., Reklamezeile 80 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichteinhaltung der Zahlungsfrist erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von 30 bezw. 80 Pfg. in Kraft

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6746 Breslau.

Nummer 16 | Dienstag, den 20. Januar 1920. | 38. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Auf Einladung der französischen Regierung begibt sich der Reichsminister für den Wiederaufbau, Dr. Geßler, zu Besprechungen nach Paris.

* Zum Reichsschatzminister wird voraussichtlich der demokratische Abgeordnete Wieland ernannt werden.

* Zum deutschen Geschäftsträger in Paris ist der bisherige Reichsschatzminister Dr. Mayer-Kaufbeuren ernannt worden.

* Der neu ernannte großbritannische Geschäftsträger Lord Kilmarnock hat dem Reichsminister des Auswärtigen in Berlin sein Beglaubigungsschreiben übergeben.

* Das preußische Eisenbahnministerium erklärt, daß eine neue Verkehrssperre weder vorbereitet noch geplant ist.

* In Berliner parlamentarischen Kreisen wird ein Antrag erwogen, der nach englischem Vorbild Demonstrationen in einem bestimmten Umkreis um die Parlamentsgebäude grundsätzlich untersagt.

* Neuerdings verlautet, die Rechtsparteien beabsichtigten, den General v. Lettow-Vorbeck als Präsidentschaftskandidaten aufzustellen.

* Nach einer Meldung aus London verzichtet die Entente auf eine Auslieferung von Hindenburg und Ludendorff.

* In der Berliner Stadtverordneten-Sitzung wurde dem unabhängigen Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Weyl von den Rednern aller Fraktionen, mit Ausnahme der Unabhängigen, schärfste Mißbilligung seiner Amtsführung ausgesprochen.

Neubau der Landwirtschaft.

Das Schicksal der deutschen Volkswirtschaft und damit das Schicksal des deutschen Volkes war niemals, selbst während des Krieges nicht, in höherem Maße abhängig von der Entwicklung der Landwirtschaft, von der Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung, als jetzt nach Friedensschluß. Die deutsche Ausfuhr ist nicht in der Lage, die erforderlichen Einfuhren zu bezahlen, der Wert der Mark sinkt dauernd, der deutsche Kredit im Auslande ist erschüttert und wir sehen mit schrecklicher Gewißheit den Augenblick kommen, in dem es uns nicht mehr möglich sein wird, wie im letzten Jahre die fehlenden Mengen der deutschen Erzeugung an Nahrungsmitteln durch Einfuhren aus dem Auslande zu ersetzen. Nicht nur der Landwirt selbst, sondern im Verein mit ihm der Städter, der nicht blind ist für landwirtschaftliche Notwendigkeiten, müssen deshalb das Hauptaugenmerk bei dem Aufbau der neuen deutschen Wirtschaft auf die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion richten.

Während des Krieges und im ersten Jahre des Überganges zum Frieden ist im wesentlichen eine Politik der unzulänglichen Erfassungen und der künstlichen Niedrighaltung der Preise für landwirtschaftliche Produkte getrieben worden, eine Politik, die im Verein mit dem Mangel an Arbeitskräften und der Knappheit an künstlichen Düngemitteln dazu beigetragen hat, die landwirtschaftliche Erzeugung in Deutschland wesentlich sinken zu lassen und zwar nicht nur sinken zu lassen auf den Gebieten der Viehzucht, auf denen wir den Ausfall an Futtermitteln, die früher aus dem Auslande eingeführt wurden, nicht zu decken in der Lage waren, sondern auch in allen andern Zweigen der Landwirtschaft. Ein genauer Überblick über den Stand der landwirtschaftlichen Erzeugung ist allerdings gegenwärtig nicht zu gewinnen. Die unzulängliche Zwangswirtschaft hat zwar erreicht, daß wir den deutschen Landwirten für einen großen Teil ihrer Erzeugung Preise bezahlen, die in keinem Verhältnis mehr zur Steigerung der Produktionskosten stehen, sie hat aber gleichzeitig bewirkt, daß ein immer größerer Teil der Erzeugung zu diesen Preisen nicht mehr in die Kanäle der öffentlichen Bewirtschaftung fließt, sondern daß er im Schleichhandel zu ungleichmäßigen und weit höheren Preisen den Weg vom Erzeuger zum Verbraucher findet.

Das System der Ablieferungsprämien ist nur ein unzulängliches Mittel, um vielleicht vorübergehend etwas mehr von den Produkten der Landwirtschaft zu erfassen. Es erschüttert aber gleichzeitig die Grundsätze dieser Zwangswirtschaft so sehr, daß auch ihre Anhänger sich jetzt wohl klar darüber sein werden, daß ein gründlicher Systemwechsel die Voraussetzung des Wiederaufbaus der Landwirtschaft ist. Bei diesem Systemwechsel kann es sich nicht darum handeln, die freie Wirtschaft, den freien Handel, wie er vor dem 1. August 1914 bestand, wieder einzuführen. In den Vorkriegszeiten gab es für die Mängel des freien Handels immer die Ventile des normalen Auslandsverkehrs. Gegenwärtig und in der absehbaren Zukunft funktionieren diese Ventile nicht. Die Knappheit an Waren wird noch auf Jahre hinaus für das Bild des Marktes entscheidend sein, und wenn wir in dieser Zeit des Mangels auf Regelung verzichten würden, wenn wir den freien Handel schalten lassen würden, so würden wir zu einer wahnwitzigen Preisbildung gelangen, wir würden einem Chaos entgegensteuern, bei dem große Teile der Bevölkerung dem Verhungern preisgegeben sein würden. Es ist also keine Lösung des Problems, wenn man die alte verfehlte Zwangswirtschaft aufhebt und nicht gleichzeitig an ihrer Stelle eine neue Regelung setzt, eine Regelung, die frei sein muß von jedem Anstrich der Gegnerschaft gegen den Landwirt, eine Regelung, die getragen sein muß von der Selbstverwaltung der zusammengefaßten landwirtschaftlichen Erzeuger, eine Regelung, deren Ziel das Zusammenarbeiten von Stadt und Land sein muß.

Um diesen Neubau der Lebensmittelbewirtschaftung zu errichten, wird es notwendig sein, die landwirtschaftlichen Erzeuger bezirksweise und gruppenweise zusammenzuschließen und ihnen dann unter solidarischer Haftung die Verpflichtung zur Ablieferung gewisser Mindestmengen an die Versorgungsstellen der Städte aufzuerlegen. Selbstverständlich müssen auch die Preise dieser abzuliefernden Mengen den Gestehungskosten angepaßt werden. Das wird gegenüber den jetzt in der Zwangswirtschaft geltenden Preisen eine wesentliche Erhöhung bedeuten, es wird aber nicht eine unsinnige sich nach dem Valutastande richtende Anpassung an einen schwankenden Weltmarktspreis bedeuten. Durch die solidarische Haftung der Selbstverwaltungskörper der Landwirtschaft für diese Pflichtlieferungen wird eine bureaukratische Kontrolle bei dem einzelnen Landwirt überflüssig, die zusammenwohnenden Landwirte kontrollieren sich selbst. Diese Pflichtlieferungen sind aber von vornherein zu beschränken auf die notwendigste Versorgung der städtischen Bevölkerung. Die Zuschußversorgung kann freigegeben werden. Dort wo keine unmittelbare Gefahr für die Mindesternährung der Bevölkerung mehr besteht, können die Spitzen der Erzeugung dem freien Handel mit freien Preisen überlassen werden. Diese Spitzen bringen dann dem Landwirt nach erfüllten Lieferungspflichten, die durch die gemeinsame Haftung der Kontrolle verbürgt werden, Gewinne und Steigerungen der Produktion, Gewinne, die den Anreiz zur intensivsten Bebauung in sich tragen.

Dieser Umbau der Lebensmittelwirtschaft ist nur ein wesentlicher Zweig für den Neubau der Landwirtschaft. Von gleicher Bedeutung wie die organisatorische Umformung ist die Belieferung der Landwirtschaft mit **künstlichen Düngemitteln. Wir können nicht nur an Kali-, sondern auch an Stickstoffdünger, den wir im Kriege gelernt haben aus der Luft zu gewinnen, auf Grund der vorhandenen Produktionsanlagen unsere Landwirtschaft ausreichend versorgen.** Dazu gehört aber vor allen Dingen die ausreichende Belieferung der Kali- und Stickstoffwerke mit Kohlen und weiter geordnete Arbeitsverhältnisse in den Werken selbst. Die hinreichende Kohlenbelieferung hängt wieder wesentlich ab von den Produktionsverhältnissen in der Kohlenindustrie und von dem Funktionieren unseres Verkehrsapparates. Man sieht hier, wie überall, die Räder des Wirtschaftswerkes ineinandergreifen. Unbeschadet der allgemeinen Bedeutung der Kohlen- und Verkehrsprobleme, die heute nicht erörtert werden sollen, sei hier darauf hingewiesen, daß im Rahmen der Versorgungsmöglichkeit die Hilfsindustrien der landwirtschaftlichen Erzeugung in allererster Linie bevorzugt werden müssen.

Endlich heischt die Frage der Arbeitskräfte auf dem Lande eine schnelle Lösung. Die Lösung muß vor dem Beginn der Frühjahrsbestellung mit Erfolg durchgeführt werden, wenn nicht die Ernteergebnisse des Jahres 1920 unter dem Mangel leiden sollen. Es darf nicht im neuen Jahre der Zustand des vergangenen Jahres anhalten, daß in den Städten Hunderttausende von Arbeitslosen aus öffentlichen Mitteln mit Hilfe der Notenpresse unterstützt werden, während auf dem Lande notwendige Arbeiten wegen Mangel an Arbeitskräften unverrichtet bleiben. Die Umsiedlung von Arbeitskräften von der Stadt auf das Land ist zweifellos eine überaus schwierige Aufgabe. Aber wo produktive Arbeit geleistet werden soll, sind Schwierigkeiten nicht dazu da, zu hemmen, sondern sie sind dazu da, überwunden zu werden. Die landwirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen, durchdrungen von der Notwendigkeit der Umschichtung, zusammenarbeiten, um in höherem Maße, als es bisher der Fall war, durch feste Arbeitsvertragsbedingungen und durch die Sicherung von Mindestansprüchen in bezug auf die Arbeiterwohnungen auf dem Lande die Vorbedingungen für den Übergang von Arbeitskräften auf das Land zu schaffen. Nötigenfalls muß durch die Bedingungen der Arbeitslosenunterstützung in den Städten ein gewisser Zwang zum Übergang zu landwirtschaftlicher Arbeit ausgeübt werden. Der Übergang zur landwirtschaftlichen Arbeit wird in vielen Fällen eine Vorstufe für die selbständige Siedlung auf dem Lande sein, für die der gesetzliche Rahmen wohl im vorigen Jahre geschaffen worden ist, deren praktischer Ausbau aber noch der Zukunft vorbehalten bleibt.

Eine wesentliche Mithilfe bei der Umschichtung wird die Bewirtschaftung der Baumaterialien zu leisten haben. Trotz aller Wohnungsnot in den Städten muß daran festgehalten werden, daß die verfügbaren Baumaterialien in allererster Linie der Schaffung neuer Wohngelegenheiten für Arbeitskräfte auf dem Lande dienen müssen. Wenn durch diese Verwendung der Baumaterialien die notwendige Bewegung der Arbeitskräfte von den Städten auf das Land gefördert wird, so ist das gleichzeitig die einzig zweckmäßige Maßnahme gegen die städtische Wohnungsnot. Denn in den Städten gibt es heute nicht zu wenig Wohnungen, sondern zu viel Menschen.

Alle Maßnahmen, die wir hier im einzelnen nur angedeutet haben, müssen geleitet sein von der Grundidee: **Förderung der landwirtschaftlichen Produktion.** Gelingt es, dem deutschen Boden den größtmöglichen Ertrag abzuringen, dann ist die wichtigste Vorbedingung für die Wiederaufrichtung der deutschen Gesamtwirtschaft erfüllt.

Friedrich Lux.

Fertigstellung der Auslieferungsliste.

Keine Auslieferung Hindenburgs und Ludendorffs.

Wie die Londoner Blätter versichern, soll die Auslieferungsliste nunmehr endgültig fertiggestellt worden sein, und zwar nach dem Prinzip, „nur solche Personen auf die Liste zu setzen, die so furchtbarer Verbrechen schuldig seien, daß es jeder zivilisierten Nation unmöglich sei, ihnen Unterschlupf zu gewähren.“ Die Alliierten hätten in den Listen peinlich nachgewiesen, daß sie nicht Rache am Feinde suchten, sondern Gerechtigkeit gegenüber Verbrechern. Daher bestehe nicht die geringste Absicht, die Auslieferung von Männern wie Hindenburg, Ludendorff oder anderen Generalen zu fordern, die den Krieg führten und sogar rücksichtslos führten, sondern nur derjenigen, die die erlaubten Grenzen überschritten hätten. Die britische Liste enthalte natürlich eine Anzahl Personen, die zum Unterseebootkrieg in Beziehung ständen. Desgleichen werde die Auslieferung derjenigen gefordert, die ihren Mannschaften befohlen hätten, auf britische Matrosen zu feuern, die nach Torpedierung ihrer Schiffe im Wasser um ihr Leben kämpften. Auch der Fall des Kapitäns Fryatt werde eine Auslieferung zur Folge haben, und es sei wahrscheinlich, daß auch Tirpitz, dem aus schriftlichen Befehlen persönliche Verantwortung für die barbarische Führung des U-Bootkrieges nachgewiesen sei, auf der Liste stehe.

Ententenote an Holland.

Die ententistischen Regierungschefs genehmigten am Donnerstag in Paris den Wortlaut der Note, die im Namen des Obersten Rates an die holländische Regierung gerichtet wird und die das Begehren auf Auslieferung des Kaisers Wilhelm II. enthält. Die Note bezieht sich auf Artikel 227 des Versailler Vertrages, der die Versetzung des früheren Kaisers von Deutschland in Anklagezustand vorsieht. Die Alliierten laden Holland ein, sich an der Erfüllung dieses Werkes der Gerechtigkeit zu beteiligen. Die Note ist in freundschaftlichem Tone gehalten. Demzufolge hat die holländische Mitteilung in Paris, daß der holländischen Regierung das Auslieferungsbegehren sehr unangenehm sein würde, weil Holland das Asylrecht für politische Flüchtlinge nicht verletzen möchte, nicht die gewünschte Wirkung gehabt. Ob die Auslieferung des Kaisers tatsächlich stattfindet, ist natürlich keineswegs sicher. Es wäre denkbar, daß Holland im freundschaftlichen Tone die Auslieferung ablehnt.

Die Friedensbedingungen für Ungarn.

Fünfzehn Tage Frist!

Die Übergabe der Friedensbedingungen der Alliierten an die ungarische Delegation fand im Ministerium des Äußern in Paris statt. Zu der Übergabe erschien Graf Apponyi mit den ungarischen Bevollmächtigten, begleitet von Oberst Henry und alliierten Offizieren. An der Sitzung nahmen Clemenceau, Lloyd George und Nitti teil. Die Botschafter der Vereinigten Staaten und Japans, Wallace und Matsui nahmen an der Übergabe ebenfalls teil. Nachdem Graf Apponyi gegenüber dem Büro des Ministers des Äußern Platz genommen hatte, ergriff Clemenceau das Wort und sagte: Der Generalsekretär der Friedenskonferenz wird Ihnen den Text der Friedensbedingungen der Alliierten überreichen. Zur Eingabe Ihrer Bemerkungen ist Ihnen eine Frist von 15 Tagen eingeräumt. Wir haben das Schreiben des Grafen Apponyi erhalten, in dem er den Wunsch ausdrückt, der Konferenz die Lage der ungarischen Regierung unter den gegenwärtigen Umständen darzulegen. Die Konferenz hat einstimmig beschlossen, ihn unter der Bedingung anzuhören, daß diesem Exposé keine Diskussion folgt. Generalsekretär Dutasta übergab hierauf dem Chef der ungarischen Delegation die Friedensbedingungen der Alliierten. Graf Apponyi erhob sich und erklärte in französischer Sprache, daß er sich damit begnüge, Kenntnis von den Friedensbedingungen zu nehmen, die ihm soeben übergeben wurden.

Territoriale und militärische Bestimmungen.

Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages erkennt Ungarn die volle Unabhängigkeit des serbo-kroatisch-slowenischen und der tschechoslowakischen Staaten an. Ungarn verzichtet zugunsten Italiens, des serbo-kroatisch-slowenischen Staates, Rumäniens und der Tschechoslowakei auf alle Rechte und Titel jener Gebiete der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, die als Bestandteil diesen Staaten einverleibt werden. Ungarn verzichtet auf alle Rechte an Italien über Fiume und die angrenzenden Gebiete, die dem früheren Königreich angehörten. Ungarn verzichtet zugunsten Österreichs auf alle Rechte des ungarischen Königreiches, soweit es außerhalb der festgelegten Grenzen liegt. Die Gesamtstärke der ungarischen Wehrmacht wird auf 35000 festgesetzt. Es darf kein schweres Geschütz, d. h. kein Geschütz geführt werden, dessen Kaliber mehr als 105 Millimeter beträgt. Was die Wiedergutmachung betrifft, so sind die Bestimmungen identisch mit jenen des Vertrages für Österreich. Die wirtschaftlichen Bestimmungen sind identisch mit den im österreichischen Vertrag enthaltenen Einzel-

bestimmungen über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn.

Deutsche Nationalversammlung.

(138. Sitzung.) CB. **Berlin**, 16. Januar.

Die Mehrheit wollte gestern die zweite Lesung des Betriebsrätegesetzes zu Ende führen. Die Verhandlungen wurden aber durch die von den Unabhängigen eingebrachten zahlreichen Abänderungsanträge und die Reden, die von ihnen zur Begründung dieser Anträge gehalten wurden, derart verzögert, daß man am Schluß der gestrigen Sitzung von den mehr als hundert Paragraphen der Vorlage erst neunzehn erledigt hatte. Die gestrige Sitzung dauerte bis gegen elf Uhr abends. Zuletzt waren nur noch fünf Abgeordnete anwesend. Seitens der Unabhängigen wurde die Beschlußfähigkeit des Hauses angezweifelt und das führte zum Abbruch der Sitzung, die gegen zehn Uhr vormittags begonnen, und, die Mittagspause abgerechnet, an dreizehn Stunden gedauert hatte. Gegen zehn Uhr abends hatten die Vertreter der Zeitungen auf der Pressetribüne den Dienst eingestellt. Die heutige Sitzung begann bereits um neun Uhr morgens. Bevor man sich aber dem Betriebsrätegesetz zuwenden konnte, mußten

kleine Anfragen

erledigt werden. Ihre Zahl betrug nicht weniger als 54, von denen aber ein erheblicher Teil nicht an die Reihe kam, einmal, weil die Abgeordneten, die die Anfragen gestellt hatten, nicht zugegen waren, zum anderen, weil die mit der Beantwortung betrauten Regierungsvertreter fehlten, und zum dritten, weil die eine Stunde Zeit, die für diese kleinen Anfragen gesetzt ist, bald überschritten war. Über die Heimbeförderung der Gefangenen von Scapa Flow teilte ein Regierungsvertreter mit, daß sie, sofern sie sich keiner Kriegsverbrechen schuldig gemacht hätten, in kurzer Zeit heimbefördert werden würden. Die Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow wird auf der Gegenseite nicht als Kriegsverbrechen betrachtet. — Ferner wurde auf eine Anfrage erklärt, daß die Kadettenanstalten, ebenso wie die anderen Militärschulen im Landes- bezw. Heimvolkshochschulen und Bildungseinrichtungen für Minderbemittelte Kinder Verwendung finden würden.

Die Weiterberatung des Betriebsrätegesetzes

begann sodann und die Verhandlungen nahmen einen ganz ähnlichen Verlauf wie gestern. Es wurden eine Menge von Abänderungsanträgen gestellt. Diese Anträge wurden von der Mehrheit abgelehnt, und die einzelnen Paragraphen wurden nach und nach angenommen.

Gegen 2 Uhr war man auf diese Weise bei § 66 angelangt, der von den

Aufgaben und Befugnissen der Betriebsräte

handelt. Bei diesem ungemein wichtigen Punkte der Vorlage kam es zu besonders langen Auseinandersetzungen. Der Abg. Koenen (U. Soz.) begründete einen von seiner Partei gestellten Abänderungsantrag in mehrstündiger Rede.

Heim, Erzberger und Foch.

Abg. Dr. **Wirth** (Zentr.) betonte darauf, Dr. Heim habe die Reichsregierung wissen lassen, daß er zu Marschall Foch reise. Die Reichsregierung hat aber nicht gestattet, daß er mit den Franzosen irgendwelche Verhandlungen pflege. Abg. **Herschel** (Zentr.) fragte den Abg. Dr. Heim, ob er nicht in Wiesbaden mit französischen Offizieren verhandelt und auf der Terrasse des dortigen Kurhauses Mittag gegessen habe. Abg. Dr. **Heim** erwidert, daß er nur einmal mit einem Regierungsmitgliede über seine Reise zu den Franzosen verhandelt habe. Darauf erklärte

Reichsfinanzminister **Erzberger**: Dieses Regierungsmitglied war ich. Vor Ostern teilte Dr. Heim mir durch den Fernsprecher mit, er hätte eine Einladung von französischer Seite bekommen. Was ich dazu sagte. Ich erklärte, ich würde mit dem Ministerpräsidenten deshalb Rücksprache nehmen. Wenn er seine Einladung von maßgebender französischer Seite hätte, so würde die Regierung keine Bedenken gegen die Reise haben. Aber vorher sollte er nach Berlin kommen zu einer Besprechung über das, was er den Franzosen sagen könnte. Dr. Heim erklärte eine Reise nach Berlin wegen der Verkehrssperre für unmöglich, aber es blieb dabei, daß wir auf eine Besprechung in Berlin Wert legen mußten. Dann habe ich nichts mehr von Herrn Dr. Heim und seiner Reise gehört. (Abg. Dr. **Wirth** (Zentr.) fiel hier ein: Die Regierung hat also die Reise nicht gewährt.) Dann fuhr der Reichsfinanzminister fort: Ich wußte ja gar nichts davon. Später erklärte Erzberger:

Ich stehe und falle mit dem Einheitsgedanken des Reiches,

der für jeden Reichsminister die erste Voraussetzung seiner Tätigkeit ist. Er bedeutet die Zusammenfassung aller Stimmen zu einem großen deutschen Reich, und als Mittel dazu sehe ich den Einheitsstaat an. Das ist das Unglück des deutschen Volkes, daß es uns nicht gelungen ist, den Einheitsgedanken bei uns zu verwirklichen, den sogar alle neu aufstrebenden Völker des Ostens, die Tschechoslowaken, die Littauer, die Polen und die Letten verwirklicht haben. Meine Forderung auf Schaffung der Zentralgewalt habe ich immer mit dem Verlangen einer weitgehenden Dezentralisierung verbunden und auch praktisch durchgeführt. Herr Dr. Heim hat immer versucht, mir zu unterstellen, ich zielte darauf hin, Berlin eine Stellung zu geben, wie sie Paris in Frankreich habe. Der französische Einheitsstaat kann uns durchaus nicht als Vorbild für den deutschen Einheitsstaat dienen. (Allseitige lebhafte Zustimmung.) Die Reichsverfassung wird unter allen Umständen verteidigt werden. (Anhaltender wiederholter Beifall.)

Heim und die Münchener Räterepublik.

Der nächste Abg. Dr. **Landsberg** (Soz.) bemerkte unter anderm, Ende Februar stellte Dr. Heim in einer Sitzung des Reichsministeriums in Weimar den Antrag, das besetzte Bayern von der Rätewirtschaft zu befreien. Am liebsten wäre es ihm, wenn die Ordnung mit bayerischen Truppen wiederhergestellt würde. Da aber die Aufstellung bayerischer Truppen viel Zeit in Anspruch nehme, ersuchte er, Truppen anderer Kontingente, besonders preußische Truppen in Bayern einmarschieren zu lassen. Verschweigen wolle er freilich nicht, daß Einrücken preußischer Truppen in Bayern die Erhebung gewisser Schichten nach sich ziehen könne. Zu diesen Leuten gehöre er aber nicht. Man möge aber Persönlichkeiten, die bei ihnen etwas gelten, in Schutzhaft nehmen. Er stelle sich für diesen Zweck zur Verfügung. (Anhaltende Bewegung.) Später hat mir Dr. Heim in einer persönlichen Aussprache bestätigt, was ich jetzt ausgeführt habe und der Reichsfinanzminister hat mir auf meine Frage: „Erinnern Sie sich noch an das Gespräch mit Dr. Heim Ende Februar?" geantwortet: „Jawohl!" Bei diesem Gespräch hat er seine Verhaftung angetragen. Dadurch bestätigte Erzberger genau den Eindruck, den ich von den Ausführungen Dr. Heims gehabt habe.

Nach einigen weiteren Bemerkungen schloß die Aussprache. Die **Vorlage wurde in zweiter Lesung angenommen.** Darauf wurde der Gesetzentwurf über die Prüfung von Bildstreifen für Lichtspiele ohne Beratung dem Ausschuß für Bevölkerungspolitik überwiesen. Ferner ging der Gesetzentwurf über die Beschäftigung Schwerbeschädigter ebenfalls ohne Aussprache an den Bevölkerungsausschuß. Endlich wurde der Gesetzentwurf über die Gewährung von Straffreiheit für Personen aus den Abstimmungsgebieten in Ostpreußen, Westpreußen und Schlesien ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Nach einer kurzen Pause wurde über die von allen Parteien eingebrachte

Rheinlandsinterpellation

verhandelt. Abg. Dr. **Spahn** begründete die Interpellation. Dieser wies nach, daß die Anordnungen der Rheinlandskommission nicht dem Friedensvertrag entsprechen. Reichsminister Dr. **Koch** bestätigte seine Ausführungen. Dagegen müsse Einspruch erhoben werden. Er bat das Haus, in vollster Einigkeit vorzugehen.

Das Haus erklärt sich unter lebhaftem Beifall einverstanden. Damit schloß die Sitzung.

Neueinteilung der Reichstagswahlkreise.

Vorschläge der Landesregierungen.

Über die beabsichtigte Neueinteilung der Reichstagswahlkreise wird amtlich mitgeteilt:

„Die Reichsregierung hat zu der Frage der Einteilung der Wahlkreise noch nicht Stellung genommen. Dagegen hat das Reichsministerium des Innern die Landesregierungen gebeten, im Anschluß an die Vorentwürfe des Reichsministers des Innern, von denen einer 3 bis 5, der andere 6 bis 8 Abgeordnete für den Wahlkreis in Aussicht nimmt, ihrerseits Vorschläge über die Gestaltung der Wahlkreise zu machen. Es kann sich dabei natürlich nur um Eventualvorschläge handeln, da ja die Frage, ob die Kreise auf die Wahl von 3 bis 5 oder 6 bis 8 Abgeordnete abgestimmt werden sollen, erst noch der Entscheidung der Nationalversammlung unterliegt. Von den Ländern haben einige bereits ihre Wünsche geäußert, andere, darunter Preußen, noch nicht. Die Reichsregierung wird bei ihren endgültigen Vorschlägen auf die Wünsche der Länder gebührend Rücksicht nehmen, da diese aus ihrer besonderen Kenntnis der geographischen, Verkehrs- und sonstigen Verhältnisse heraus am besten die möglichst praktische Gestaltung der Wahlkreise ermessen können. Die Reichsregierung entscheidet über die Wahlkreiseinteilung überhaupt nicht endgültig, da die Abgrenzung der Wahlkreise einen Bestandteil des Wahlgesetzes bilden soll und daher von der Nationalversammlung, in der alle Parteien ihre Vorschläge und Anregungen geben können, beschlossen werden wird."

Die Streiklage.

Politische Demonstrationen und Unruhen.

Das Scheitern des in Berlin entstandenen Planes, einen Generalstreik in Szene zu setzen, war schon Freitag klar erkennbar. Sonnabend früh trat in der Reichshauptstadt alles zur Arbeit an. Nach den Feststellungen der großen Arbeitnehmer-Verbände haben sich Freitag an dem Demonstrationsstreik höchstens 25 % der Arbeiter beteiligt. Von den Arbeitgebern sind jetzt etwa 1200 Arbeiter wegen der Beteiligung an dem Streik entlassen worden. Es handelt sich zumeist um Fälle, wo die Arbeiter, ohne ihre Betriebsausschüsse zu fragen, der Arbeitsstätte ferngeblieben sind oder wo sie gegen den Willen der Mehrheit gestreikt haben. Versammlungen der Arbeitslosen wurden verboten.

Verschärfter Ausnahmezustand.

Unruhen und Ausschreitungen, wie kürzlich in Hamborn, ereigneten sich in den letzten Tagen auch in andern Städten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. So in Duisburg, Sterkrade usw. Überall mußte die Sicherheitswehr eingreifen, wobei es leider nicht ohne Toten und Verwundeten auf seiten der Aufrührer abging.

Die Teilstreiks der Bergarbeiter, die einen rein politischen Charakter haben, greifen um sich. In Mülheim mußte die Technische Nothilfe eingreifen, um das städtische Wasserwerk in Betrieb zu halten. Das Wehrkreiskommando sieht sich in die Notwendigkeit versetzt, über den ganzen Regierungsbezirk Düsseldorf den verschärften Ausnahmezustand zu proklamieren. Von linksradikaler Seite wird lebhaft für Einführung der Sechs-Stundenschicht ab 1. Februar agitiert.

Von den streikenden Telegraphenarbeitern im Westen sind zwei schwere Sabotageakte an den Fernleitungen verübt worden. Unterirdische Leitungen sind durchschnitten und viele der Porzellanisolatoren sind zertrümmert worden. Bisher sind drei Telegraphenarbeiter aus dem Bezirke der vorsätzlichen Beschädigung von Telegraphenanlagen überführt. Der Haupträdelsführer ist dem zuständigen Kriegsgericht übergeben. Weitere Ermittlungen sind im Gange.

Das bevorstehende Erlöschen des Verkehrsstreiks

scheint nur noch eine Frage von Stunden zu sein. Am Freitag verharrten im Westen eigentlich nur noch die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätte Krefeld-Oppum vollständig im Ausstande. Da die Arbeiter einer Aufforderung der Eisenbahndirektion Köln, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, nicht gefolgt sind, wird die Werkstätte auf unbestimmte Zeit geschlossen. Die Telegraphenarbeiter der Oberpostdirektionen Münster, Dortmund und Düsseldorf beschlossen, Sonnabend die Arbeit wieder aufzunehmen, nachdem ihnen von der Regierung mit Wirkung vom 1. Dezember 1919 eine 25prozentige Zulage und mit Wirkung vom 1. Januar 1920 eine weitere 25prozentige Zulage zugebilligt worden ist.

In Oberschlesien wird nur noch auf einigen Stationen der Direktion Kattowitz gestreikt. Die in den einzelnen Eisenbahnwerkstätten Breslaus vorgenommene Abstimmung hatte folgendes Ergebnis: 4860 für die Aufnahme der Arbeit, 3657 für den Streik, 271 zersplittert. Die Arbeit wird also unter den vereinbarten Bedingungen und Zugeständnissen aufgenommen.

In Sachsen dauert der Streik in den Chemnitzer Eisenbahnwerkstätten an. In Baden haben die Verhandlungen der Regierung mit den Beamten- und Eisenbahnorganisationen über eine Erhöhung der Zulagen, Gehälter und Löhne zu einer vollen Einigung geführt.

Eine Versammlung von Vertrauensmännern der im Deutschen Eisenbahnverbande organisierten Eisenbahner im Direktionsbezirk Cassel-Frankfurt sprach sich gegen den Streik als zurzeit zweckwidrig und aussichtslos aus, beschloß aber, die Arbeit nach wie vor in beschleunigter Form durchzuführen, bis die Zugeständnisse erfüllt seien.

Todesstrafe gegen Graf Arco beantragt

§ **München**, 16. Januar.

Graf Arco-Valley, der wegen Ermordung des seinerzeitigen bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner heute vor dem Volksgericht steht, ist ein auffallend kleiner, recht jugendlicher Offizier, in dessen äußerer Erscheinung nichts auf die schweren Operationen, die er nach dem Attentat durchzumachen hatte, schließen läßt. Seine Vernehmung gestaltet er zu schweren, leidenschaftlichen Anklagen gegen den ermordeten Eisner, den er als „Verräter seines Königs und seines Vaterlandes" von Herzen haßte und verachtete. Eisner, so meint er, habe dann aber auch das Volk und die Republik verraten und das unglückliche Land dem Bolschewismus in die Arme treiben wollen. Das habe in ihm den Entschluß reifen lassen, den gefährlichen Mann zu töten, und zwar aus dem Hinterhalt, nicht im offenem Kampfe, weil Eisner ja ein hinterhältiger Feind gewesen sei, der keine ehrliche Kugel verdiente. Graf Arco wurde 1897 als Sohn eines bayerischen Offiziers geboren, machte im dritten Kriegsjahre sein Notabiturium und trat dann sofort beim Militär ein. Er macht den Eindruck eines sehr intelligenten Mannes. Zum Schluß seiner Ausführungen, in der er seine Kriegserlebnisse und seine mili-

Der Habermeister.

Ein Volksbild aus den bairischen Bergen.

Von Hermann Schmid.

62. Fortsetzung. (Nachdr. verb.)

„Es ist der Nußbichler!" rief er und taumelte zurück, die Hände vor die glutgeblendeten und rauchgebeizten Augen schlagend.

Er liegt am Boden und ist von Rauch betäubt, wie es scheint . . . auf dem Tisch aber liegt ein ganzer Haufen Silbergeld."

„Der Nußbichler!" rief es durcheinander. Wie kommt der da hinein? Wenn er drinnen ist, dann hat kein anderer Mensch das Feuer angelegt als er! Dann sollt' man ihn nur gleich mit verbrennen lassen, den Lumpen!"

„Nicht doch, Nachbarn", übertönte Sixt den Lärmen mit gebieterischer Stimme, „wenn er auch ein Nichtsnutz ist, ein Mensch ist er doch und ist in Gefahr — und wer ein richtiges Herz im Leib hat, der laßt sein' Mitmenschen nit stecken in der Gefahr! Wir wollen uns was darauf einbilden, daß gerad' wir es sind, die ihn heraus holen aus der Falle, in der er sich selber eingesperrt hat, wie mir scheint! Frisch angepackt, zugegriffen, wer ein Herz im Leib hat!"

Seine Worte und sein Wesen bewährten wieder die schon öfter erprobte Wirkung; sie waren Befehle, denen Jeder sich fügte, weil sie etwas von ächt gebieterischer Natur in sich hatten; keine Widerrede war weiter zu vernehmen, jeder Einwand war verstummt, aber Alles griff mit erneuter Tätigkeit zu Arbeit und Werkzeug. Während einige die Haken an den Stangen einhingen und die Eisengitter loszureißen strebten, waren andere bemüht, mit Balken die ganzen Fensterstöcke heraus zu wägen; eine dritte Schaar gebrauchte einen starken Baumast als Sturmbock, um die Tür einzurennen. Es war vergeblich; die noch wohl erhaltene, fest gefügte Tür widerstand den heftigen Stößen, sie war offenbar von innen verrammelt; der Nußbichler mußte sich selbst eingeschlossen haben und saß nun gefangen in eigener Falle.

Die Vermutung war auch vollkommen begründet. Der Aufenthalt im Kerker, die stete brütende Einsamkeit hatten das Wirrsal in dem erhitzten Kopfe des Unseligen immer mehr gesteigert; er lebe im dumpfen Wahne dahin, und wie in einer ausgebrannten Feuerstätte noch ein einziger letzter roter Funken glimmt, glühte in ihm nur der eine Gedanke fort, zu entkommen, und zwar zeitig genug, um sein früheres Gütchen wieder erwerben zu können. Wie schon erwähnt, war dasselbe, da der nach Alisi gekommene Besitzer es zu behaupten nicht vermocht hatte, wiederholt zum Gantverkaufe um den gerichtlich bestimmten geringen Schätzungswert ausgeboten worden, aber in der Tagfahrt war Niemand erschienen, der ein entsprechendes Gebot gelegt hätte; es war daher bereits zur zweiten Versteigerung ausgeschrieben, bei welcher der Zuschlag um jedes, auch das geringste Gebot, erfolgen mußte. Der verhängnisvolle Tag rückte näher und näher; sollte nicht alle Hoffnung, das Gütchen jemals wieder zu erwerben, für ihn mit einmal und unwiderbringlich zerstört werden, so mußte er in den nächsten Tagen in Freiheit sein und dieser Gedanke trieb ihn unablässig wie ein glühender Stachel. Ob er demungeachtet das Gütchen erhalten, ob die Behörden ihn in den Besitz lassen würden, ob die Summe, die er nach dem, was ihm abgenommen worden, noch besaß, genügen werde: das alles bedachte und erwog er nicht, für ihn war alles erreicht, hatte er nur erst die Gefängnismauern hinter sich.

Mit einem alten, mühsam aus dem Boden gewundenen Nagel hatte er begonnen, in die Wand zu graben, wo das einzige Fenster seiner Zelle eingemauert war, und nach Tagen und Nächten der unsäglichsten Anstrengung war es ihm wirklich gelungen, den Holzrahmen rings herum so locker zu machen, daß dieser noch immer festzusitzen schien, in Wirklichkeit aber nur noch lose eingesetzt war. Niemand beachtete das wochenlange, mühevolle Werk, weil der Gefangenwärter sich immer begnügte, einen flüchtigen Blick durch den Raum zu werfen, und weil man das Entkommen für unmöglich hielt. Die Mauern waren fest, die Bohlen und Eisenbeschläge der Türen undurchdringlich und das Fenster war so weit über Manneshöhe angebracht, daß man es auf den Zehen stehend und die Arme streckend kaum mit den Fingerspitzen erreichen konnte. Dennoch hatte die Kraft seines Wahnes dem Gefangenen das Unmögliche möglich gemacht; das Fieber seines Gehirns hatte ihm die Muskeln gestählt, daß er es vermochte, sich an der Wandschräge wie ein Kletterer mit angestemmten Knieen emporzuarbeiten und festzuhalten und so sein langwieriges Werk zu vollenden. Am Tage vor der Versteigerung war er so weit gekommen; die Wollendecke seines Lagers, in Streifen geschnitten und aneinander geknüpft, bot ihm ein bequemes sicheres Mittel, sich draußen an dem Gemäuer herabzulassen und so mit einem nicht sehr gefährlichen Sprunge den Graben zu erreichen, der unbewacht war und wo er, zumal in der Nacht und in dem Schneegestöber, in welchem sich eben die Wolken entluden, keine Entdeckung mehr zu fürchten hatte. Mit dem Winde, der die Flocken jagte, flog er quer über Rain und Feld und machte im angestrengten Laufe nur einmal Halt, an einer Waldspitze, wo ein kleines Bächlein unter Weiden hinkroch und er in einem hohlen Stamme einen Teil seines Reichtums verborgen hatte.

Mit einem unterdrückten Schrei preßte er den Beutel mit den Münzen in der Tasche seiner Jacke fest an die Brust und rannte in doppelter Schnelligkeit, bis er dem ersehnten Ziele gegenüber stand. Da die Tür des Hauses verschlossen war, brach er, mit der Oertlichkeit vollständig vertraut, in der Nähe des Stalles ein Brett hart am Boden aus und zwängte sich, gleich einer Natter durchkriechend, in den innern verlassenen Raum.

(Fortsetzung folgt.)

tärischen und politischen Ansichten wiedergibt, sagte er, es habe ihn eine wahnsinnige Wut gepackt gegen Eisner, den er als Führer des Bolschewismus ansah und von dem er annahm, daß er den Freistaat Bayern an Spartakus verkaufen wolle, und so habe er die Tat ausgeführt.

Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt gegen den Grafen Arco-Valley wegen Ermordung des Ministerpräsidenten Eisner die Todesstrafe.

Die Wahrheit über den 13. Januar.

Enthüllungen des Vorwärts.

Der Berliner Vorwärts bringt weitere Einzelheiten über die blutigen Vorgänge. So wird dem Blatt von einem Augenzeugen noch berichtet:

„Auffallend war es, daß stets nach einer der vielen Ansprachen, die gehalten wurden, Unruhe in die Masse kam und diese sich ruckweise vorwärts gegen das Reichstagsgebäude bewegte. Leute, die auf erhöhtem Posten standen, winkten mit den Hüten oder den Händen nach dem Gebäude zu, dann rückte stets die Menge nach. Von oben aus konnte man auch genau beobachten, wie in der vorderen Linie eine systematische Umgruppierung sich nach und nach vollzog. Besondere Trupps, die zunächst passiv im Hintergrunde standen, setzten sich nach vorn in Bewegung und drängten die zuerst dort Stehenden zurück. Die Provokationen der Sicherheitsmannschaften setzten dann in verschärfter Form ein, besonders dann, wenn ein Redner, meist sehr jugendlich, eine Ansprache gehalten hatte. Das Verhalten der Soldaten gegenüber der aufgeregten und von Minute zu Minute gewalttätiger werdenden Menge war geradezu bewundernswert, sie sind sichtlich bestrebt gewesen, jeden Zusammenstoß mit den Demonstranten zu vermeiden. Bemerkt sei noch, daß Schreiber dieses gegen 1 Uhr mittags durch die Luisenstraße nach dem Reichstagsgebäude ging. Diesen Weg ging auch eine Gruppe von Demonstranten in der Stärke von zehn Mann. Einer derselben äußerte sich dabei laut und nach dem Reichstagsgebäude rufend: „Na, hoffentlich gelingt es heute, die Bude auszuräuchern!“ Auch aus dieser Äußerung ist zu schließen, daß die Demonstration nicht dem Betriebsrätegesetz allein galt, vielmehr die Aushebung der Nationalversammlung der eigentliche Zweck der „Wissenden“ gewesen sein dürfte.“

Neueste Nachrichten.

Berlin. Der von Mitgliedern aller Parteien eingebrachte Nachtragsetat zur Erhöhung der Teuerungszulagen für Beamte, Offiziere, Mannschaften usw. um 150 Prozent, wurde von der Nationalversammlung in allen drei Lesungen angenommen.

Berlin. In der gestrigen Nachmittagssitzung der Nationalversammlung hielt der Minister des Innern Koch unter stürmischem Beifall und Händeklatschen des ganzen Hauses und der Tribünen eine energische Rede gegen die Gewaltherrschaft der Entente im Rheinlande, die er als einen offenen Bruch des Friedensvertrages bezeichnete. Seit den Zeiten des zaristischen Rußlands sei eine solche Willkür, wie sie von den Franzosen im besetzten Rheingebiet geübt werde, noch nicht dagewesen.

Berlin. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung setzte seine Besprechung über den Fall Kautzky fort. Die Mehrheit des Ausschusses war der Ansicht, daß ein Grund, Herrn Kautzky als Sachverständigen abzusetzen, nicht vorliege.

München. Blättermeldungen zufolge hat der Bayrische Finanzminister Speck sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Speck zählt zur Heim'schen Bayrischen Volkspartei.

Frankfurt a. M. Die Regierung hat die Eisenbahndirektion Frankfurt-Main beauftragt, die Eisenbahnwerkstätte Wied, die größte, modernste und bestausgestattete Lokomotivwerkstätte des Bezirkes, wegen Unwirtschaftlichkeit zu schließen. Die Schließung ist bereits erfolgt.

Danzig. Bei der Räumung des Abschnittes Argenau (Regierungsbezirk Bromberg) durch die deutschen Truppen kam es infolge eines polnischen Ueberfalles zu einem Gefecht, an dem auch mehrfach Einwohner der Stadt teilnahmen und bei dem der größte Teil der deutschen Besatzung in Gefangenschaft geriet. Die Höhe der blutigen Verluste ist noch nicht bekannt. Der Gouverneur von Thorn hat sofortige Herausgabe der Gefangenen mit Waffen, sowie sämtlicher Pferde und Fahrzeuge verlangt.

Paris. Bei der Präsidentenschaftswahl in Versailles wurde Deschanel im ersten Wahlgang mit 734 von 889 Stimmen zum Präsidenten der französischen Republik gewählt. Jonnart erhielt 66, Clemenceau 56 Stimmen. Weitere Stimmen wurden vereinzelt abgegeben.

Haag. Gestern nachmittag ist die Note der Alliierten, die die Auslieferung des ehemaligen Kaisers verlangt, dem holländischen Minister des Aeußern ausgehändigt worden. Sie ersucht Holland, die Alliierten bei der Durchführung ihrer berechtigten Forderungen zu unterstützen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Reichsschatzminister Mayer — Geschäftsträger in Paris.** Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist jetzt ernannt worden. Der Posten ist dem bisherigen Reichsschatzminister Dr. Mayer-Kaufbeuren, der infolge des Austritts der zum Zentrum gehörenden Bayerischen Volkspartei aus der Nationalversammlung soeben von seinem Ministerposten zurücktrat, übertragen worden. Dr. Mayer, der Bayer ist und im Zentrum eine einflußreiche Stellung einnahm, wird als ein guter Kenner französischer Verhältnisse bezeichnet. Schon als die Kommission zur Regelung der Entschädigung für Scapa Flow nach Paris ging, wurde erwogen, ihn mitzusenden.

✚ **Die Räumung Mürwiks** durch die letzten deutschen Mannschaften ist jetzt erfolgt. Das deutsche Torpedoboot „V 116“ war gekommen, sie zu holen. Unter der Kriegsflagge fand eine Abschiedsfeier statt. Die Offiziere, Beamten und Mannschaften der Marineschule sowie die Mannschaften von „V 116“ standen in Paradestellung. Nach herzlichen Ansprachen des Marinegarnisonpfarrers Köhne und des letzten Direktors der Marineschule Korvettenkapitäns Lampe, die beide der Hoffnung Ausdruck verliehen, die deutsche Flagge bald wieder hier hissen zu können, wurde die Flagge feierlich eingeholt, und unter brausendem Hurra der zahlreichen Zuschauer fuhr das Torpedoboot aus dem Hafen.

Frankreich.

✕ **In der ersten Sitzung des Völkerbundrates in** Paris sprachen für Frankreich Leon Bourgeois, für Großbritannien Lord Curzon, für Griechenland Venizelos, für Belgien Hymans. Von neutralen Staaten haben Clemenceau ihren Beitritt zum Völkerbund erklärt: Spanien, Schweden und Dänemark. Die Zustimmung Norwegens ist ebenfalls sicher, jedoch ist eine entsprechende Mitteilung wegen Leitungsstörungen noch nicht in Paris eingetroffen.

✚ **Der provisorische Reichswirtschaftsrat.** Der 6. Ausschuß der Nationalversammlung hat sich mit der Frage der Einberufung des provisorischen Reichswirtschaftsrats befaßt. Es ist damit zu rechnen, daß sofort nach Erledigung im Ausschuß die Einberufung des provisorischen Reichswirtschaftsministeriums erfolgt.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Wie der Staatsanzeiger bekannt gibt, ist die Verordnung betreffend die Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiten, vom 2. September 1919, auf Grund des Demobilmachungsgesetzes nunmehr aufgehoben worden.

London. Einer „Times“-Meldung aus Peking zufolge soll General Semenow 3000 deutsche und österreichische Kriegsgefangene rekrutiert haben.

Rio de Janeiro. Die brasilianische Regierung erklärte, daß der Friedenszustand zwischen Deutschland und Brasilien wieder eingetreten sei.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 18. und 19. Januar.

Sonnenaufgang	8^{04}	(8^{09})	Mondaufgang	5^{47}	(6^{30})
Sonnenuntergang	4^{16}	(4^{18})	Monduntergang	2^{01}	(2^{58})

18. Januar. 1871 Wilhelm I., König von Preußen, wird Deutscher Kaiser. — 1673 Englischer Romanschriftsteller Edward Bulwer gest.

19. Januar. 1874 Dichter Hoffmann von Fallersleben gest. — 1882 Forschungsreisender Herrmann v. Schlagintweit gest.

□ **Verschärfung der Grenzkontrolle.** Unter Ausnützung des schlechten deutschen Valutastandes kaufen ausländische Reisende häufig nicht unerhebliche Warenmengen aller Art in den inländischen Kleinhandelsgeschäften ein, um sie in ihrem Gepäck über die Grenze zu schaffen. Es liegt im öffentlichen Interesse, diesem Gebaren entgegenzuwirken. Demgemäß ist in kurzer Zeit mit einer Ausdehnung der Ausfuhrverbote und mit einer Verschärfung der Grenzkontrolle zu rechnen. Hand in Hand hiermit wird eine örtliche Dezentralisation der Ausfuhrbewilligung gehen, die sich jedoch nur auf geringere Mengen, die im Reisegepäck mitgeführt werden, erstreckt. Derartige Gegenstände sollen in Zukunft auch von den Handelskammern gegen Erstattung einer nach der Höhe des Fakturenbetrages zu berechnenden Abgabe zur Ausfuhr zugelassen werden.

□ **Billigeres Obst in Sicht?** Nach einer Mitteilung der Reichsstelle für Gemüse und Obst dürften die hohen Obstpreise in nicht allzu ferner Zeit wesentlich herabgesetzt werden. Böhmen ist bereits mit den deutschen Behörden in Unterhandlungen getreten, die zu einer großen Einfuhr von böhmischem Obst und Gemüse führen werden. Die Reichsstelle will jedoch in Anbetracht des schlechten Standes der deutschen Valuta vorläufig nur begrenzte Mengen für die Einfuhr freigeben, die durch den Handel in den freien Verkehr gelangen sollen. Auch aus der Schweiz und Holland werden Obst und Frischgemüse zugelassen werden, um dem fühlbaren Mangel abzuhelfen. Bei allen neuen Einfuhrbewilligungen sollen jedoch die Zahlungsweise und die Einkaufspreise genau darauf geprüft werden, ob sie den deutschen Verhältnissen angepaßt sind, so daß der Valutastand nicht weiter geschädigt wird.

Deutsche Waren gesucht!

Die Nachfrage in Spanien und im lateinischen Amerika.

Während des Krieges hat das Ausland natürlich das Möglichste getan, um draußen die Absatzgebiete des deutschen Handels an sich zu reißen, in China, im spanischen Amerika usw. Wir waren abgeschnitten, konnten nicht liefern, da war es leicht. Schwerer wird es sein, die Erfolge aufrecht zu erhalten. Der deutsche Wirtschaftsverband hat einen besonderen Sachverständigen hinausgeschickt, um die Sachlage und die Stimmung zu erkunden. Die Berichte lauten nicht ungünstig.

Spanien beklagt sich über mangelnde Kulanz der Entente-Leute und sehnt sich nach dem Verkehr mit den Deutschen zurück. Die Engländer und Amerikaner verlangen schon bei Bestellung der Ware die Hälfte des Preises, und die andere Hälfte bei Lieferung, auch konnten sie nicht genug liefern, so daß die Vorratsräume leer stehen. Die Deutschen waren früher in ihren Krediten sehr entgegenkommend, eine Wiederaufnahme der Beziehungen wird gern gesehen — vorausgesetzt, daß Ware geliefert werden kann!

Drüben, in Kuba, wurde der Abgesandte der deutschen Industrie fast mit Begeisterung aufgenommen. Alles wartet auf deutsche Waren! „Wenn ich nur Kataloge mitgehabt hätte“, schreibt der Berichterstatter, „ich hätte in zwei Tagen für mehr als eine Million Mark verkaufen können.“ Als er nach den Zahlungsverhältnissen fragte, wurde er ausgelacht: „Geld spielt keine Rolle! Geld, so viel Sie wollen, sofort beim Empfang der Ware!“ Man staunt, was die Engländer, die Amerikaner und die Japaner alles ins Land gebracht haben: Spielsachen jeder Art, Vasen, Nippsachen, Korbwaren, Fahrräder, Lederartikel, Aspirintabletten mit den Zeichen „Bayer“, Solinger Taschenmesser mit nachgefälschten Stempeln, Beleuchtungskörper, Thermosflaschen, Bürsten, Schmucksachen, alles mit täuschender Nachbildung der deutschen Eigenheiten. Eine wahre Raub- und Schmutzkonkurrenz. Und trotzdem verlangen die Kubaner (die Alliierten voran!) nach deutschen Waren. Die „deutsche Kollektion“ fehlt. Die Reichhaltigkeit der Muster und Preislagen haben jene nicht nachzumachen vermocht, das Publikum will nicht lauter „Standards“ kaufen, der Verkäufer hat nicht genug Auswahl. Hier ist das Loch, wo wir einsetzen müssen.

Helle Bewunderung herrscht drüben auch, trotz des unglücklichen Kriegsendes, für die deutschen Taten. Wenn Reisende ins Ausland gehen, etwa nach Südamerika, so wähle man Kriegsteilnehmer. Man muß von Gefechten, Märschen, Entbehrungen berichten können, man muß in Flandern, in Rußland oder in Mesopotamien dabei gewesen sein. Wenn der Kreole in Kuba — und in Mexiko, in Chile, in Brasilien wird es nicht anders sein — hört, wie und wann die Deutschen ihre Gegner geworfen haben, so glänzen seine Augen. „Haben Sie unter Hindenburg gefochten, unter Mackensen? Waren Sie bei den Masurischen Seen? bei Gorlice?“ Von den Franzosen wird teilnahmsvoll gesprochen, sie haben viel gelitten, sich für die andern geopfert, das Land ist verwüstet; aber der Engländer ist in Spanien nicht beliebt, und von Mexiko bis Kap Horn der Yankee: desgleichen in ganz China der Japaner.

Es ergibt sich also: die Aussichten sind trotz aller Hetze der Feinde gut, sogar vorzüglich. Der Handel kann wieder deutsche Waren absetzen, wenn erst deutsche Waren da sind. Denn das ist natürlich die Grundlage. Merke sich das jeder, den es angeht! M.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Bei der nachstehenden Tabelle bedeutet Brief = angeboten und Geld = gesucht. Die Valuta steht jetzt für je 100 Gulden (G), 100 Kronen (Kr.) bezw. 100 Frank (Fr.):

Börsenplätze	16. 1.		15. 1.		14. 1.	
	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam G	2088½	2091½	2068½	2071½	2028½	2031½
Kopenhagen Kr.	999¼	1000¾	984¾	985¾	964¼	965¾
Stockholm Kr.	1159¼	1160¾	—	—	— —	— —
Christiania Kr.	1079¼	1080¾	—	—	1029¼	1030¾
Bern Fr.	999¼	1000¾	989¼	990¾	959¼	960¾

Im Frieden kosteten im Durchschnitt 100 holländische Gulden 170 Mark, 100 dänische, schwedische bezw. norwegische Kronen 112 Mark und 100 Frank rund 80 Mark, von kleinen Kursschwankungen natürlich abgesehen.

✱ **Berliner Produktenbörse.** Amtlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse am 16. Januar: Hafer für 1000 Kilogramm loko 2840—2890 Mark ab Bahn, auf sofortige Abladung 2900—2920 Mark ab Station. Tendenz: fest. — Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen 360—425 Mark, gelbe und grüne Erbsen 260—395 Mark, Bohnen, weiße inländische 380—420 Mark, Peluschken 175—190 Mark, Pferdebohnen 187—202 Mark, Wicken 135—155 Mark, Lupinen 60—72 Mark, Seradelle 120—133 Mark, Wiesenheu, lose, 40—44½ Mark, Stroh, drahtgepreßt 21—23½ Mark, gebündelt 18½—20 Mark, Runkelrüben 6—6¾ Mark, je nach Abladestation, Kohlrüben, gelbe 6¾—7½ Mark, weiße 5½—6 Mark, Möhren, rote, 9¾—10¼ Mark.

✱ **Keine Verkehrssperre.** Zu den neu aufgetauchten Meldungen über eine unmittelbar bevorstehende Personen- und Güterverkehrssperre erfahren wir von zuständiger Stelle: Es ist in letzter Zeit wiederholt darauf hingewiesen worden, daß eine neue Verkehrssperre vorläufig weder vorbereitet noch geplant ist. Man hofft im Gegenteil, eine neue derartig starke Belastung des wirtschaftlichen Lebens auch in den nächsten Monaten vermeiden zu können. Tatsächlich verfügen nach dem augenblicklichen Stand die preußisch-hessischen Staatsbahnen über einen Dienstkohlenvorrat von durchschnittlich 10,7 Tagen, einen wesentlich höheren Reservestand also als in den letzten Monaten des Vorjahres, wo oft nur für fünf oder sechs Tage Kohlen vorhanden waren.

Aus dem Gerichtssaal

§ **Die Generalsgattin auf Abwegen.** Wegen Betruges, schwerer Urkundenfälschung und Einbruchsdiebstahls hatte sich vor einer Berliner Strafkammer Frau Friederike Maaß geborene Gräfin zu Dohna, die Gattin eines Generalmajors, zu verantworten. Frau Maaß wohnte zu Beginn des Krieges in Allenstein. Dort wurde ihre Wohnung während des Russeneinfalles vollständig ausgeplündert, und die Entschädigungskommission für Ostpreußen billigte ihrem Gatten einen Schadensersatz in Höhe von 31 500 Mark zu. Da die Auszahlung dieser Summe sich verzögerte, fälschte die Generalsgattin, die sich in bedrängten Verhältnissen befand, ein Schriftstück, das von der Entschädigungskommission ausgestellt worden sein sollte und die Mitteilung enthielt, daß dem General in kürzester Frist 33 000 Mark ausgezahlt werden würden. Auf Grund dieser Urkunde erhielt sie von einem Berliner Bankhause ein Darlehen von 18 000 Mark. Da der General diesen Betrag später zurückzahlte, hat die Bank keinen Schaden erlitten. Eine weit schwerere Verfehlung ließ sich Frau Maaß zuschulden kommen, als sie im vornehmsten Berliner Westen eine Neunzimmerwohnung zum Preise von 10 800 Mark mietete, sämtliche Schränke und Koffer der Vermieterin erbrach und Silbersachen, Kleidungsstücke usw. im Gesamtwerte von 50 000 Mark entwendete. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von einem Jahr und drei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

Nah und Fern.

o **Das Hochwasser.** Während bisher nur aus dem Rheingebiet besorgniserregende Meldungen über Hochwasser gekommen waren, treffen jetzt auch aus anderen Gegenden Deutschlands Nachrichten über steigende Fluten ein. In den Bergen des Harzes sind infolge der Schneeschmelze alle Flüsse aus ihren Ufern getreten. In Meißen hat das Hochwasser der Elbe zahlreiche Straßen und Plätze überflutet, sodaß Läden und Wohnungen geräumt werden mußten. Hiobsbotschaften kommen auch aus der Mark Brandenburg, wo die übergetretenen Bäche breite Landstriche unter Wasser gesetzt haben. Ein Fallen des Hochwassers wird nur aus dem Schwarzwald gemeldet. Dort ist scharfes Frostwetter eingetreten.

o **Ein fälschlich Totgesagter.** Nach einer Meldung aus Hamburg sollte dort der bekannte U-Bootskommandant Korvettenkapitän Morath Selbstmord begangen haben. Die Nachricht erweist sich jedoch als unzutreffend. Nicht der Korvettenkapitän, sondern sein älterer Bruder ist freiwillig aus dem Leben geschieden.

o **Geheimnisvolle Ermordung zweier Kinder.** In Berlin wurden zwei, elf und neun Jahre alte, Kinder des Oberwachtmeisters bei der Sicherheitspolizei Karl Hecklau auf dem Vorboden des von ihren Eltern bewohnten Hauses, in eine Tonne eingezwängt, ermordet aufgefunden. Unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft wurden die eigenen Eltern der Kinder in Haft genommen.

o **Eine neue Stadt in Sachsen.** Die sächsischen Gemeinden Deuben, Potschappel und Döhlen haben ihre Vereinigung zu einer Stadt zum 1. April beschlossen. Die neue Stadt soll den Namen Plauenscher Grund tragen. Sie wird ungefähr 25 000 Einwohner haben.

o **Die Danziger Frühjahrsmesse** vom 16. bis 25. Februar wird nach amtlicher polnischer Mitteilung von Firmen aus Deutschland, der Schweiz, Holland, Schweden, England und Amerika beschickt. Polnische Finanzleute machen große Anstrengungen, um dieser Messe ein polnisches Gepräge zu geben. Die polnische Regierung hat ein Auskunftsbureau in Danzig eröffnet und läßt Sonderzüge für die polnischen Kaufleute zum Besuch der Messe bereitstellen.

o **Das Elend in Wien.** Infolge des absoluten Kohlenmangels ist in Wien der Straßenbahnverkehr eingestellt worden. Sämtliche Industriebetriebe wurden ausgeschaltet. Ausgenommen von der Ausschaltung sind nur die Lebensmittelbetriebe. Sämtliche Geschäftsläden müssen um 8 Uhr geschlossen haben, nur Lebensmittelgeschäfte dürfen bis 7 Uhr offen halten. Auch alle Bureaus und Ämter haben um 8 Uhr Arbeitsschluß. Sämtliche Konzerte, Theater, Varietés, Kinos, Vergnügungslokale sind geschlossen. Der Betrieb der Eisenbahnen ist ebenfalls in Frage gestellt.

„Gasthaus zur Post."

Heute, Dienstag, den 20. Januar 1920,

Damenkaffee.

Es laden ergebenst ein

Ernst Urban und Frau.

Haus- u. Grundbesitzer-Verein

Warmbrunn-Herischdorf.

Mittwoch, den 21. Januar 1920, abds. 8½ Uhr

General-Versammlung

im Gasthof „Zur deutschen Flotte".

Tagesordnung:

Geschäftsbericht.
Vorstands-Wahl.
Verschiedenes

Zahlreiches Erscheinen erwünscht

Der Vorstand.

Gastwirte und Kolonialwarenhändler

finden bei mir eine **günstige Einkaufsquelle** für

Zigarren

in Preislagen von **Mark 600,—** pro Mille an.

Arthur M. Kaufmann,

Tabakwaren-Großhandlung

Warmbrunn — Voigtsdorferstr. 3.

(Rosenheim). — Telefon 209.

Turn-Verein Warmbrunn.

Mittwoch, d. 21. Jan., abends 8½ Uhr im „Weißen Adler"

Haupt-versammlung.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Vorstandswahlen.
3. Erhöhung der Beiträge.
4. Turnplatzangelegenheit.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Eine

zuverlässige Person

zum austragen v. Zeitschriften, für einige Tage der Woche, für Warmbrunn und Herischdorf gesucht.

Springer's Buchhandlung, Hirschberg.

Echter Kautabak

aus reinem Tabak hergestellt, tadellose, schimmelfreie Ware in großen Rollen, **Probesendung u. Preisliste Mk. 5,** geg. Nach.

L. Bareiter, Frankfurt a. M.

Bergerstraße 294.

Verloren

eine schwarze Geldtasche m. Inhalt. Abzugeben geg. Bel.

Deutsche Kolonie 12, I.

Zu verkaufen:

Grosse Bratenschüsseln, Porzellan-Teller, 1. Güte.

Deutsche Kolonie 9.

---

1 Gebett Betten

zu verkaufen.

Hermsdorferstr. 1, 2. Etg.

Briefmarken-sammlung

kauft

Wrangelstrasse 13.

Achtung!

An der Badeverwaltung **d. Kürschner Karl Selle** zahlt die **höchsten Preise** für sämtliche **rohe Felle.**

Stempel

Gummi-, Metall- und Faksimile-Stempel

für Behörden, Kaufleute u. Private

besorgt schnellstens zu Katalogpreisen

P. Fleischer's

Buchdruckerei, Warmbrunn.

Invalidenmarkenstempel, Stempelkissen und Stempelfarbe vorrätig.

Visiten-Karten liefert in jeder Ausführung **Fleischers Buchdruckerei.**

Mahagoniholz

kauft jedes Quantum

Postschließfach 1, Hirschberg.

Lesen Sie

wenn Sie eingehend über alle Vorgänge in Politik und Wirtschaft unterrichtet sein wollen und auf gute Unterhaltung Wert legen, die

Berliner Abendpost.

Täglich erscheinend. Mit den Beilagen Zeitbilder, Deutsches Heim, Kinderheim (alle drei reich illustriert) und Gerichtssaal nur

1.60 Mk. monatlich.

Bestellungen bei der Post und den Briefträgern. Probenummern vom Verlag: Berlin SW 68

Kriegsanleihe in jeder Höhe kauft gegen bar **Hans Hinderer, Breslau V.** Schweidnitzer Stadtgraben 16. Telephon 6399.

Schreiben Sie an die

Dorfmusikke

Brieg, Bez. Breslau.

um Probenummer.

Einzige schlesische Dialekt-Zeitschrift.

7. Jahrgang. Vierteljährlich Mk. 1,50.

Herausgeber A. Damaschke.

Illustrierte Tageszeitung, seit 29 Jahren bestehend vertritt alle auf eine Neugestaltung deutscher Kultur hinzielenden Reformbestrebungen (Organ des Hauptausschusses für Kriegerheimstätten), enthält wertvolle Leitaufsätze führender Männer aller Parteien über Zeit- und Lebensfragen berichtet schnell und sachlich über alle wissenswerten Vorkommnisse und liefert ihren Lesern außer einer **tägl. Unterhaltungsbeilage** noch **6** Beilagen.

Ratgeber für Kapitalisten, Land- und Hauswirtschaft, Gesundheitswarte, Rechtswarte, Frauenzeitung und Jugendwarte.

Der Bezugspreis beträgt monatlich nur **1,50** Pfennig (Bestellgeld 35 Pfennig.)

Probenummern kostenfr. d. den Verlag Berlin NW. 6.

Hausfleißverein Warmbrunn.

Mittwoch und Sonnabend

von 10 bis ½1 und 3 bis 6 Uhr geöffnet und geheizt.

An den übrigen Wochentagen in der angegebenen Zeit nur auf besonderen Wunsch zugänglich.

Der neue

Taschen-Winterfahrplan

vorrätig. 20 Pfennig.

Nachrichten und Tageblatt.

Für Wiederverkäufer und Gastwirte

empfehle ich

Teegläser

mit vernickeltem Halter, Stück 3,— Mark.

Tropfenfänger „Ideal"

für alle Kannen passend, mit und ohne Deckelhalter, sorgt für Sauberkeit der Tischwäsche.

Stück Mark —,60, —,70, —,90 u. 1,25.

Preise ausschließlich Verpackung und Porto.

Rudolph Preuss, Görlitz.

Zahn-Atelier

Erich Franz,

Hirschberg, Contessastraße Nr. 6.

Sprechstunden:

9—12 und 2—5 Uhr, Sonntags 10—11 Uhr.

Bei vorheriger Anmeldung auch außer der Zeit.

Behandlung schonend und gewissenhaft.

Reparaturen sowie auswärtige Patienten werden nach Möglichkeit an einem Tage erledigt.

---

muss Ihr Geschäft, wenn Sie nicht

ständig inserieren.